

Bericht über das

Aktiventreffen mit Berlins Senator für Bildung, Jugend und Sport Klaus Böger

am Montag, dem 21.11. 2005, 18.00 bis 20.00 Uhr

In unserer Reihe "Senatorinnen und Senatoren nachgefragt zur Frauen- und Genderpolitik in Berlin" stand diesmal die Politik für Kinder und Jugendliche im Mittelpunkt. Ausgewählt waren Fragen zum Kita-Bereich (Betreuungsschlüssel angesichts der Anforderungen des Bildungsprogramms, Erzieher/innen-Ausbildung), zu den schulpolitischen Schwerpunkten der Grundschule, zur Förderung der außerschulischen Jugendbildung und zu den Förderschwerpunkten des Breitensports.

Zum **Bereich Kindertagesstätten** betonte der Senator, dass auch vor dem Bildungsprogramm, das eher eine Zusammenfassung und Systematisierung darstellt, in Kitas eine qualitativ gute Arbeit geleistet wurde. Von daher sieht er keinen Anlass zur Erhöhung des Betreuungsschlüssels, zumal der im Vergleich mit anderen Bundesländern immer noch an der Spitze liegt. Was sicher problematisch ist, sei die Änderung der Freistellungsregelung für Leiter/innen.

Bei der Neuorganisation der Trägerstruktur soll es künftig neben unterschiedlichen Freien Trägern 5-6 Eigenbetriebe für Kitas geben. Für den Kita-Besuch wird ein Grundbetrag je Kind bereitgestellt (Kita-Gutschein), so dass sich die Eltern künftig selber einen Kita-Platz suchen können und ihn nicht länger zugewiesen bekommen. Auch Arbeitslose oder sozial Benachteiligte sind berechtigt, ihre Kinder in die Kitas zu geben. Der Senator wies aber auch darauf hin, dass es mit einer zweiprozentigen Mehrwertsteuer nicht getan sein wird, wenn jedes Kind ab 3 Jahre und im Bedarfsfall ab 2 Jahre einen Kitaplatz bekommen soll.

In der Qualifizierung der Erzieher/innen setzt Senator Böger auf die kontinuierliche Fortbildung – Stichwort „Reformwerkstatt“ - und die Änderung des Ausbildungskonzepts; er sieht keine Notwendigkeit, dass Erzieher/innen eine akademische Ausbildung bekommen. Der große Verdienstunterschied zwischen Erzieher/innen und Grundschullehrer/innen sei allerdings nicht ganz nachzuvollziehen.

In der **Grundschule** waren schon vor PISA Veränderungsprozesse angestoßen. Eine sehr lange Zeit der Auseinandersetzung darüber, wie Kompetenzen zu definieren sind, hat zur mangelnden PISA Beteiligung am Anfang geführt. Der Senator räumte ein, dass die Grundschule bisher vernachlässigt wurde. Obwohl die Grundschule der entscheidende Faktor der Schulkarrieren ist, hatte der Bereich SEK II mehr Aufmerksamkeit erhalten. Das muss vor allem finanziell umgedreht werden.

Die Zuordnung der Horte zu den Grundschulen ist zwar rechtlich erreicht und in den östlichen Bezirken Alltagsgeschäft, in den westlichen Bezirken gibt es aber noch Übergangsschwierigkeiten, wie der Senator betonte.

In der **Diskussion** zum Bereich Grundschule wurde von Teilnehmerinnen daraufhin gewiesen, dass die externe Schulevaluation nicht die Kooperation der Lehrer/innen und Erzieher/innen im Blick hat; hier will der Senator nachhaken. Und dem Senator

wurde mitgegeben, dass die geplante Evaluation auch Ängste erzeugt, weil nicht sicher ist, wie weit eigene Lösungswege berücksichtigt werden.

In der **außerschulischen Jugendbildung** waren die in den 70er Jahren in West Berlin erreichten Finanzierungsstandards nicht zu halten. Der Senator berichtete, dass jetzt durch eine Konzentration auf Sozialräume versucht wird, die Ressourcen zu bündeln. Die Finanzierung durch Lottomittel hätte wenigstens den Vorteil, dass ein Prozentsatz festgelegt ist, an dem nicht „gedreht“ werden kann. Allerdings findet zur Zeit eine gerichtliche Auseinandersetzung statt, ob die Lottomittel vom Staat abgekoppelt werden sollen; damit wäre die Finanzierung vieler Projekte in Gefahr.

In der **Diskussion** zu diesem Bereich wiesen Teilnehmerinnen auf die nicht ausreichende Förderung angesichts der wachsenden gravierenden Probleme, wie Gewalt und zunehmender Antisemitismus in bestimmten Kiezen hin. Gerade in Familien, in denen beide Eltern nicht erwerbstätig sind, unsichere soziale Umstände herrschen, hätten Kinder oft den größten Betreuungsbedarf; schon das Essensgeld ist ein Problem. Das Schulgesetz sei eher Mittelschichten - orientiert. Projekte für besonders bedürftige Familien stünden vor dem aus. Eine Förderungsform wie die alten Westberliner „Sonderprojekte“, die gezielt auf Kinder/Jugendliche mit besonderen Problemen gerichtet war, wäre auch heute außerordentlich sinnvoll. Der Senator verneint eine Mittelschichten-Orientierung des Schulgesetzes. Der Senatsverwaltung sei die Situation der Kinder – insbesondere der sog. Lücke-Kinder und der Jugendlichen aus Problem-Familien mit und ohne Migrationshintergrund – bewusst. Eine Möglichkeit - insbesondere an Hauptschulen – sei die Kooperation mit Jugendhilfe-Trägern.

Auch der **Breitensport** wird generell mit Lotto-Mitteln finanziert. Trotz der finanziellen Schwierigkeiten, müssten die Vereine auch künftig nichts für die Nutzung von Turnhallen zahlen; die Vereine übernehmen in dem Zusammenhang bereits eine Reihe von Aufgaben zur organisatorischen Entlastung. Aktuelle fachliche Schwerpunkte der Senatsverwaltung sind insbesondere – in Kooperation mit dem Landessportbund – die Förderung von Migrantinnen im Sport und der Gesundheitssport.

In der **Diskussion** wird darauf hingewiesen, dass der größte Teil des Vereinsports sich an Männer richtet. Der Senator betont, dass beim Landessportbund durchaus Geschlechtergerechtigkeit angestrebt wird und dass insbesondere bei der Sportjugend viele engagierte Frauen dieses Ziel verfolgen.

Zur Frage des Standes von **Gender Mainstreaming und Gender Budgeting** in seinem Ressort bedauerte der Senator, keine konkreten Antworten und Daten vorlegen zu können und versprach, diese nachzuliefern.

Es wurden in der Diskussion von den Teilnehmerinnen folgende Punkte eingebracht:

- ?? Eine bezirkliche Frauenbeauftragte wies daraufhin, dass in der Grundschule ungefähr jeder 5. Mann, aber nur jede 20. Frau Karriere macht. Um den Kita- und Grundschulbereich generell attraktiver zu machen, bedürfe es u.a. einer geänderten Besoldungsstruktur. Senator Böger bezweifelte, dass dies auf absehbare Zeit zu erreichen wäre. Es sei auch nicht nur eine Frage des Geldes, sondern der gesellschaftlichen Anerkennung der vorschulischen und der Grundschul-Arbeit.

- ?? Moniert wurde von mehreren Teilnehmerinnen, dass in den Veröffentlichungen des Ressorts noch nicht durchgehend eine geschlechterdifferente Sprache anzutreffen sei (z.B. die „Lehrer-Briefe“); insbesondere die Ausführungsverordnungen bedienen sich nur der männlichen Sprachform. Ein Genderorientiertes Problembewusstsein bedarf aber der differenzierten Sprache. Der Senator versprach, hier nachzufragen.
- ?? Es wird allgemein eine Konkretisierung des Prinzips Gender Mainstreaming in den Organisationsverfügungen vermisst.
- ?? Zur Umsetzung des generellen Auftrags des Gender Mainstreaming wären Informationen über geschlechtsspezifische Daten und die Darstellung der geschlechtsspezifischen Vergabe von Mitteln notwendig. Der Senator weist daraufhin, dass geschlechtsspezifische Daten da sind. Was er problematisch findet sei, dass die Statistik nur Inländer/innen und Ausländer/innen ausweist, der Migrations-Hintergrund daher nicht deutlich wird.
- ?? Gefragt wurde nach der Kooperation mit dem Frauenressort. Hier wies der Senator daraufhin, dass z.B. die Qualifikationen im Bereich Gender Mainstreaming von seinen Führungskräften (mit Ausnahme der politischen Spitze) wahrgenommen würden.
- ?? Von besonderem Interesse war, wie sich der fachliche Schwerpunkt der Mädchenförderung, insbesondere der Integration von Migrantinnen entwickelt. Hier betont der Senator, dass die Integration besondere Priorität hat. Mit Sorge sähe er, dass insbesondere von türkischen Familien Unterrichtsfächer wie Sport, Sexualkunde/Biologie für die Mädchen in Frage gestellt werden; hier müsste gegen gesteuert werden. Ein wichtiges Integrationsinstrument sieht Senator Böger in den Mütterkursen, wo er bei einigen Besuchen Gespräche geführt hat.

Zum Abschluss ging es um die Frage, ob die Reformen (besonders bezogen auf die Grundschulen) zu hastig durchgeführt werden. Die Zielrichtung der Reformen wird durchaus überwiegend positiv beurteilt, Probleme liegen nach Ansicht von Teilnehmerinnen eher in der Art und Weise der Umsetzung, bei der viele Lehrer/innen sich als Objekte fühlen. Außerdem wies eine Anwesende darauf hin, dass 40 Schulen an einem Qualifizierungsprogramm teilgenommen und Reformvorschläge gemacht hätten, die wenig Berücksichtigung beim Senat gefunden hätte.

Senator Böger ermuntert zur Selbständigkeit, man könne nicht alles in Vorschriften packen. Er schließt mit dem Ausdruck großer Wertschätzung für die geleistete Arbeit in den Grundschulen und räumt ein, dies möglicherweise nicht immer klar genug zum Ausdruck gebracht zu haben.

Es wurde vereinbart, die zugesagten Informationen in den Verteiler zu geben und auch auf der Website der Überparteilichen Fraueninitiative zu veröffentlichen.